

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 20.03.2018

Von Awanish Kumar und Silva Lieberherr, Mumbai
21.03.2018

Rote Fahnen in Mumbai [Indien]

Indiens Bauern kämpfen um ihr Land: Adivasi fordern Mindesteinkommen und Schuldenerlass



Rote Kappen gegen die Existenzangst: Tausende Bauern demonstrierten am 12. März in Mumbai

Foto: Danish Siddiqui/REUTERS

Barfuß liefen in der vergangenen Woche mehr als 40.000 Bäuerinnen und Bauern 180 Kilometer weit von Nashik nach Mumbai und verwandelten die Stadt in ein Meer aus roten Fahnen. Es waren vor allem Adivasi, indigene Bauern, die Zugang zu Wald, Weideland sowie Grund und Boden fordern. Inzwischen weiten sich die Proteste vom

Bundesstaat Maharashtra auf Uttar Pradesh und andere Bundesstaaten aus. Organisiert sind die Adivasi in der indischen Bauerngewerkschaft All India Kisan Sabha (AIKS), welche ihrerseits der Kommunistischen Partei Indiens (Marxistisch) nahesteht.

Der diesjährige Marsch der Bäuerinnen und Bauern war in vieler Hinsicht außergewöhnlich. Es begann damit, dass diesmal alle Aktivisten auf der gesamten Strecke rote Kappen trugen und kommunistische Fahnen schwenkten. Diese Bilder erinnerten an Mumbais Vergangenheit als Arbeiterstadt. Neu war auch, dass es eine nie dagewesene Unterstützung der Mittelklasse für die Demonstranten gab. Viele Einzelpersonen und Organisationen verteilten auf der ganzen Strecke und vor allem in Mumbai Essen, Sandalen oder Wasser. Sie solidarisierten sich so mit der Forderung nach einer grundsätzlichen Lösung der strukturellen Probleme in Indiens Agrarsystem, insbesondere durch Landverteilung.

2006 wurden durch eine Landrechtsverordnung einige Rechte derjenigen anerkannt, die gewohnheitsmäßig die Wälder bewohnen und nutzen. Aber der administrative Prozess, durch den sie ein Nutzungszertifikat und schließlich Landrechte erwerben können, ist oft lang und mühsam. Auf ihrem Marsch forderten die Adivasi jedoch nicht nur diese zugesicherten Rechte ein, sondern auch eine Aktualisierung der Grundbücher. Dazu kam die Forderung nach kostendeckenden Mindestpreisen für die von ihnen produzierten landwirtschaftlichen Produkte.

Bereits im vergangenen Jahr hatte es trotz einer Rekordernte massive Proteste der Landbevölkerung in fast allen großen Bundesstaaten des Landes gegeben. Die Bauern klagten, dass die Produktionskosten übermäßig anstiegen, aber die Preise niedrig und schwankend blieben. Dieses Problem prägt die Landwirtschaft Indiens seit der Liberalisierung der Märkte in den 1990er Jahren. 2017 kippten die Bauern deshalb Milch und Gemüse auf die Straße, weil sich durch die niedrigen Preise nicht einmal mehr der Transport zum Markt gelohnt hätte. Die Regierung sollte ihnen einen Mindestpreis garantieren, der 50 Prozent über den Produktionskosten liegt und die Arbeit, die Familienmitglieder leisten, berücksichtigt. Zusätzlich forderten sie einen Schuldenerlass. Die Regierung ging auf die Forderungen teilweise ein, und die Bauern beendeten ihre Aktionen – bis in diesem Jahr die selben Probleme wieder akut wurden.

Es ist kein Zufall, dass die Proteste im Bundesstaat Maharashtra ihren Anfang nahmen. Er gehört zu den Teilen Indiens, in denen sich die Krise im Agrarsektor besonders deutlich zeigt. Maharashtra ist auch der traurige Spitzenreiter bei sogenannten Bauernselbstmorden: 2015 nahmen sich allein dort mehr als 4.000 Landwirte das Leben,

was mehr als ein Drittel der Bauernsuizide in Indien insgesamt ausmachte. Im ganzen Land nahmen sich Schätzungen zufolge, die auf offiziellen Kriminalitätsstatistiken basieren (die Suizide erfassen, weil Selbstmord illegal ist), zwischen 1995 und 2015 mehr als 300.000 Bäuerinnen und Bauern das Leben. Die Dunkelziffer dürfte sehr hoch sein. Die Gründe dafür, Hand an sich zu legen, sind vielschichtig, meist ist aber eine erdrückende Schuldenlast der Hauptgrund.